

VERMISCHTES

Liechtenstein | 09.08.2018

Marxer: "Es gibt in Liechtenstein überall Interessen, die man nicht tangieren sollte"



Prinzipiell sei die Medienvielfalt viel grösser als noch vor 20 Jahren, meint Wilfried Marxer vom Liechtenstein-Institut. Aus dieser Sicht könnte man bisher nicht von Mediensterben reden. (Fotos: Michael Zanghellini)

BENDERN - Wilfried Marxer, Forschungsleiter Politik am Liechtenstein-Institut, beobachtet die Medienlandschaft Liechtensteins seit Langem. Mit dem "Volksblatt" sprach er im am Donnerstag erscheinenden Staatsfeiertagsmagazin über Umbrüche, staatliche Förderungen und inwiefern die Medien ihrer Rolle als vierte Gewalt in einem Staat nachkommen, in dem der Vater, Nachbar oder ehemalige Schulkollege durchaus auch ein ranghoher Politiker oder einflussreicher Unternehmer sein kann.

Plus - Artikel

Dank Ihrem Volksblatt-Abo können Sie diesen Artikel exklusiv lesen.

"Volksblatt": Totgesagte leben länger: Das "Volksblatt" feiert 2018 seinen 140. Geburtstag, das "Vaterland" hat ebenfalls schon über 100 Jahre auf dem Buckel. Warum blieb Liechtenstein vom Zeitungssterben, das rund um Liechtenstein bittere Realität ist, bisher verschont?

Wilfried Marxer: Zum einen sind die Zeitungen immer noch die Leitmedien in Liechtenstein, während in anderen Ländern teilweise das Fernsehen die Informationsfunktion übernommen hat. Das reicht von der Politik- bis zur Kultur- und Sportberichterstattung, in keinem anderem Medium bekommt man die gleiche Informationsfülle wie bei den beiden Tageszeitungen. Weil es die Konkurrenz durch das Fernsehen oder eine lange Tradition von Radiostationen hierzulande nicht gibt, erreichen die Zeitungen mit 8000 bis 10000 Abonnenten doch noch einen grossen Teil der Bevölkerung. Das lange Bestehen der Zeitungen hängt sicher auch mit der Eigenstaatlichkeit zusammen. Die liechtensteinischen Medien beziehen sich wesentlich auf den Staat Liechtenstein, was ihnen auch eine gewisse Legitimation gibt. Die liechtensteinischen Zeitungen werden dadurch auch nicht zum Übernahmekandidat wie in der Schweiz oder in Österreich, wo Lokalblätter von grösseren Medienkonzernen aufgesogen werden. Ein weiterer Faktor ist sicher auch die politische Bindung. Die Blätter sind stark politisch orientiert und die Liechtensteiner weisen doch noch eine relativ starke Parteibindung auf und sind politikinteressiert.

Die Parteibindung nimmt jedoch langsam ab. Immer wieder kommt der Wunsch nach einer statt zwei Zeitungen auf, die dafür parteiunabhängig sein soll. Wird es also über kurz oder lang nur noch eine Zeitung geben?

Die politische Ausrichtung bringt den Zeitungen den Vorteil, dass viele Menschen das Gefühl haben, man muss eigentlich beide abonnieren, um sich ein ausgewogenes Bild zu verschaffen. Klar kann es sein, dass in naher oder ferner Zukunft nur noch eine Zeitung erscheint oder gar keine mehr. Das sollte aber nicht von Staat und Politik entschieden und forciert werden. Ich sehe drei mögliche Szenarien: Eine Zeitung verschwindet und die andere existiert weiter, beide Zeitungen fusionieren oder beide Zeitungen verschwinden und es entsteht etwas völlig Neues. Fällt eine Zeitung weg, würde allerdings eine Konkurrenz wegfallen, die ja auch belebt. Dadurch besteht die Gefahr, dass eine gewisse Bequemlichkeit eintritt und die verbleibende Zeitung etwas "einschläft". Das wäre schade, und die Frage wäre, ob das den Gewinn aufheben würde, dass es dafür keine Parteizeitungen mehr gibt. Zudem müsste das verbleibende Monopolmedium mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet sein.

"Prinzipiell ist die Medienvielfalt viel grösser als noch vor 20 Jahren – von Mediensterben könnte man aus dieser Sicht bisher nicht reden."

Noch ist die Medienlandschaft angesichts der Kleinheit Liechtensteins äusserst vielfältig. Wie lange wird sich das Modell zweier Tageszeitungen, eines Radios, TV-Senders und mehrere Wochen- und Monatspublikationen generell noch halten können?

Eine Prognose ist natürlich schwierig. Prinzipiell ist die Medienvielfalt viel grösser als noch vor 20 Jahren – von Mediensterben in Liechtenstein kann man aus dieser Sicht bisher nicht reden. Wir befinden uns in einem Medienwandel, aber den gibt es schon seit Jahrzehnten. Früher gab es nur das "Volksblatt" und das "Vaterland", danach ist es eher explodiert als implodiert. Radio, Fernsehen, Gratiszeitungen, Internet und vieles mehr sind dazugekommen. Jetzt ist ein Plafond erreicht, wo es für einige eng wird. Das Radio funktioniert durch staatliche Gelder, die beiden Tageszeitungen existieren noch durch Medienförderung, Abonnenten- und Inserateneinnahmen. Wenn die Tageszeitungen kollabieren würden, gäbe es mitunter andere Akteure auf dem Feld. Und durch die elektronischen Möglichkeiten und das Internet kann man relativ kostengünstig Informationen transportieren. Ob sich das nachher rechnet, ist die andere Frage. Aber es kann ja auch idealistische Motive geben, eine Informationsplattform aufzubauen. Oder es gibt ein Konglomerat aus allen Sport- oder Kulturverbänden, die an regelmässiger Berichterstattung interessiert sind: Jeder zahlt einen Betrag, damit ein Basisangebot weitergeführt wird. Das Feld ist offen. Wenn gewisse Medien vom Markt verschwinden, wird es Nachfolger geben, die in die Bresche springen – sei es kommerziell orientiert oder aus idealistischen Gründen, sei es in Print-, audiovisueller oder elektronischer Form.

Natürlich ist es leichter geworden, die Informationen zu verbreiten. Aber die Qualität muss man auch noch im Blickfeld haben – dafür sorgen Journalisten. Wie steht es denn um die Qualität der liechtensteinischen Zeitungen und wie hat sich diese in den Jahrzehnten entwickelt?

Viele sprechen von Parteipresse in Liechtenstein, aber das hat sich gebessert. Bei politischen Debatten werden Pro und Kontra dargestellt, unterschiedliche Meinungen kommen zu Wort und bei der Landtagsberichterstattung werden Abgeordnete aller Parteien mit ihren Voten präsentiert. Auch die Qualität und das journalistische Handwerk haben sich verbessert. Dazu kommt, dass die Zeitungen auch DU und FL Platz für Stellungnahmen einräumen. Das hätte es vor 20 Jahren überhaupt nicht gegeben. Da fanden schon ein bemerkenswerter Wandel und eine Öffnung statt. Eine gewisse Färbung gibt es aber dennoch bei jeder Zeitung: Etwa bei der Themenselektion, oder man argumentiert eher auf die eine oder andere Seite. Im Sinne der Ko-Opposition achten die "Schwarzen" eher kritisch auf rote Ressorts und umgekehrt.

"Die Zeitungen räumen auch DU und FL Platz ein. Das hätte es vor 20 Jahren überhaupt nicht gegeben."

Wie steht die Qualität des Journalismus im Vergleich zum Ausland da?

Man muss halt sehen, dass die Zeitungen zwar auch nationale, aber vor allem Lokalblätter sind. Hier bringen sie trotz finanziellem Ressourcenproblem doch viel Volumen und Berichte zustande. Die "Vorarlberger Nachrichten" zum Beispiel – obwohl Vorarlberg ein Stück grösser ist und mehr Ressourcen hat – sind nicht besser. Auch im Vergleich mit einem "W&O" oder einem "Sarganserländer" darf sich die Qualität sehen lassen. Mit nationalen Zeitungen wie einer "NZZ", einem "Tagesanzeiger" oder einer "Süddeutschen Zeitung" kann man die Liechtensteiner Tageszeitungen aber nicht vergleichen, die haben aber auch ganz andere Ressourcen zur Verfügung. So hat der "Tagesanzeiger" bei den Paradise Papers monatelang ein Recherche-Team eingesetzt. Das können kleine Zeitungen nicht stemmen.

Oftmals werden Medien auch als vierte Gewalt bezeichnet, welche die herkömmlichen drei Staatsgewalten Exekutive, Legislative und Judikative kontrollieren sollen. Erfüllen Medien diese Aufgabe (noch)?

Generell schon. Wie sehr sie die Funktion erfüllen können, ist jedoch stark abhängig vom Kontext und den Faktoren. Zu beachten gilt es einerseits, welches die wichtigsten Medien in einem Land sind. Sind es die Printmedien, die eine gewisse Vertiefung zulassen, oder ist das Fernsehen das Leitmedium, wie etwa in den USA. Dann kommt es darauf an, wer im Besitz von Medien ist und welches Angebot es gibt. Öffentlich-rechtliche Sender müssen gewisse Qualitätsstandards erfüllen und können die Funktion als Watchdog wahrnehmen, falls sie unabhängig von der Politik agieren können. Ist die Medienlandschaft aber von Privatsendern wie in den USA geprägt, die von grossen Mäzenen und Spendern mit Eigeninteressen finanziert sind, hat das eine andere Schlagseite. Da kann man wiederum nur hoffen, dass es durch die Vielfalt unterschiedliche Stimmen gibt und sich am Schluss die Wahrheit durchsetzt. Das Stichwort "Fake News" ist aber allgegenwärtig, Donald Trump versucht ja genau, das Image der Qualitätsmedien zu demontieren.



Wie sieht es mit der vierten Gewalt in Liechtenstein aus?

In Liechtenstein haben wir keine allzu grosse Medienvielfalt und als Leitmedien fungieren Tageszeitungen, die parteinah sind und gleichzeitig aufgrund der Kleinheit und geringen Auflagenzahl nicht die Ressourcen haben, um tiefe Recherchen durchzuführen. Die Funktion des "Watchdogs" wird dadurch beeinträchtigt. Zudem nehmen die Medien nicht nur auf die jeweilige Partei Rücksicht, sondern

auch auf das gesellschaftliche Gefüge. Es gibt in Liechtenstein überall Interessen, die man nicht tangieren sollte. Unter Umständen drohen Abonnementsabbestellungen oder ein Inserateboykott. Ein bisschen abgemildert wird dies dann wieder durch das System der Ko-Opposition, dass das "Volksblatt" bei roten Ressorts etwas kritischer hinschaut und das "Vaterland" bei schwarzen. Ausserdem gibt es doch eine lebendige Auseinandersetzungskultur in Form von Leserbriefen oder Stellungnahmen, Forumsbeiträgen anderer Parteien und Institutionen. Man kann also insgesamt sagen, die Medien nehmen ihre Kontrollfunktion einigermassen wahr – aber im Rahmen der Rücksichtnahmen, Bindungen und finanziellen Restriktionen, die halt effektiv existieren.

Welche sonstigen Aufgaben soll der Journalismus in Liechtenstein erfüllen, und wie ist es darum bestellt?

Die Informationsfunktion wird von den Tageszeitungen in Liechtenstein recht umfassend erfüllt – insbesondere was das Lokale angeht. Was das Setzen von Themen im politischen Bereich angeht – das sogenannte "Agenda-Setting" – sowie die Funktion des "Watchdogs" – also der Kontrolle des Systems – da besteht noch Luft nach oben. Da jeder einen Leserbrief schreiben kann und dieser mit grosser Wahrscheinlichkeit veröffentlicht wird, erfüllen die Zeitungen zudem eine gewisse Funktion als Forumsorgan.

Erscheint mal ein Leserbrief nicht, kommt schnell der Vorwurf der Zensur auf – obwohl andere Zeitungen viele Leserbriefe nicht veröffentlichen oder stark bearbeiten. Mit Schlagwörtern wie "Lügenpresse" oder "Fake News" wird ebenfalls heftig an der Legitimation der Medien gegraben. Was bedeutet das für die Glaubwürdigkeit der Medien?

Ich denke, da ist ein gewisser Lernprozess im Gange. Fernsehen hat zum Beispiel eine hohe Glaubwürdigkeit: Vermutlich, weil man "es ja selbst gesehen hat", obwohl ein Beitrag zusammengeschnitten wurde. Auch die öffentlich-rechtlichen Trägerschaften sind meist einer gewissen demokratischen Qualität verpflichtet. Die Menschen differenzieren schon zwischen Belustigungskanälen und seriösen Medien. Vor 20 Jahren hat beispielsweise ein Privatsender gemeint, die Nachrichten müssten von Frauen oben ohne moderiert werden. Da sackt die Glaubwürdigkeit natürlich in den Keller hinab. Und wenn hier und dort "Lügenpresse" geschrien wird, übernehmen das nicht alle Bürgerinnen und Bürger. Wenn man Medien breiter fasst – also auch Plattformen wie Facebook, Twitter und anderes einbezieht –, wird schon viel Quatsch verbreitet. Aber auch hier lernen die Menschen zu differenzieren. Skepsis ist also immer angebracht, man sollte ruhig hinterfragen, woher eine Nachricht kommt, wer sie lanciert hat, ob an einem Bild getrickst wurde und dergleichen. Wenn man zum Beispiel die Berichterstattung von Russia Today und ARD oder von Fox News und CNN ansieht, hat man das Gefühl, die leben auf verschiedenen Planeten. Hier muss der Konsument entscheiden, was glaubwürdiger ist. Allerdings tendiert dieser dazu, sich für das Medium zu entscheiden, welches sein Weltbild bestätigt. Es ist jedoch wichtig, dass sich die Gesellschaft in einem einigermaßen gleichen Informationspool bewegt – das Herstellen einer kollektiven Identität ist somit auch eine Funktion der Medien. Das gelingt in Mediensystemen mit einem öffentlich-rechtlichen System etwas besser.

Driftet die Gesellschaft also immer weiter auseinander?

Das ist zu befürchten. Im deutschsprachigen Raum etwa gaben die wichtigsten Medien wie ZDF, ORF, SRF sowie nationale Zeitungen wie die "NZZ", eine "Süddeutsche" oder in Liechtenstein das "Volksblatt" und "Vaterland" den Wahrnehmungsstandard vor. Wenn sie diese Funktion nicht mehr erfüllen, ganz vom Markt verschwinden oder sich die Menschen nur noch online über personalisierte Google- oder Facebook-News informieren, bekommt schlussendlich jeder ganz unterschiedliche Meldungen aus dem Weltgeschehen. Das kann schon zu einem Auseinanderdriften der Gesellschaft führen. Da erfüllen die öffentlich-rechtlichen Sender eine sehr wichtige Funktion, indem sie eine gesellschaftliche Klammer herstellen: Der eine schaut zwar lieber Sport oder

Geschichtsdokumentationen, der andere lieber Dschungelcamp – aber am Schluss landen sie alle bei der Tagesschau und dem Tatort.

"Öffentlich-rechtliche Sender stellen eine gesellschaftliche Klammer her: Der eine schaut zwar lieber Sport oder Geschichtsdokumentationen, der andere lieber Dschungelcamp – aber am Schluss landen sie alle bei der Tagesschau und dem Tatort."

Medien sind zwar immer wieder von Krisen geplagt und schon beim Aufkommen des Radios oder Fernsehen wurde den Zeitungen ihr Untergang prophezeit. Könnte nun das Internet das tatsächliche Ende der Printprodukte bedeuten?

Es ist zu früh für eine Prognose. Die Printprodukte sind unter Druck, das ist klar. Derzeit sind wir aber in einer hybriden Situation, in der Printmedien auch Online-Auftritte haben und damit vielleicht verhindern, dass grosse Gegenakteure auftreten können. Noch finanziert die Printausgabe die Onlineversion. Es könnte schwierig werden, wenn sich "Volksblatt" oder "Vaterland" entscheiden würden, nur noch online zu erscheinen. Ich bin skeptisch, dass dafür genügend Abonnenten vorhanden wären. Zwar fallen die Vertriebs- und Druckkosten weg, aber eine gewisse journalistische Belegschaft und Fotografen braucht es trotzdem. Ein Bezahlmodell wie republik.ch würde in Liechtenstein nicht funktionieren, dafür ist der Markt zu klein. Man darf aber schon gespannt sein, was sich allenfalls an neuen Formen und kollektiv organisierten Modellen ergibt. Vielleicht finden sich ein paar, die eine Plattform auf freiwilliger Basis aufbauen – wo sich jeder beteiligen und mitschreiben kann. Ob man dann die erwünschte journalistische Abdeckung hinbekommt, ist die andere Frage. Hier stellen sich zahlreiche Fragen der Koordination und der Finanzierung.

Wenn jeder mit wenigen Klicks über die Geschehnisse der Welt informiert ist oder sogar selbst solche Plattformen betreiben kann – was muss dann der Journalismus leisten, um nicht obsolet zu werden?

Die Medien müssen auch in Zukunft auf die Qualität und die klassischen journalistischen Kriterien achten: Also beispielsweise Meinung und Bericht trennen, neutral berichten, verschiedene Sichtweisen einbringen, die relevanten Themen aufgreifen und diese verständlich vermitteln. Werbeorientierte Medien erfüllen das weniger und legen ihren Fokus auf Themen, die viele Klicks ergeben, aber nicht unbedingt relevant oder im Sinne eines Qualitätsjournalismus sind. Gut recherchierte und journalistisch verarbeitete Themen sind immer noch das, was man sich von klassischen Medien erwartet und was es letztlich legitimiert, hierfür auch staatliche Gelder aufzuwenden.

"Gut recherchierte und journalistisch verarbeitete Themen sind immer noch das, was man sich von klassischen Medien erwartet und was es letztlich legitimiert, hierfür auch staatliche Gelder aufzuwenden."

Ohne staatliche Gelder könnten die beiden Tageszeitungen und das Radio auf dem kleinen Markt Liechtenstein wohl nicht überleben. Wie wäre es um die Medienlandschaft bestellt, wenn es keine oder deutlich weniger staatliche Gelder gebe?

Für Radio L wäre es das klare Aus. Man kann heute einen Radiosender schon auch mit relativ geringen finanziellen Mitteln betreiben, aber dann läuft halt einfach Musik und ab und zu sind vielleicht ein paar Gäste im Studio. Die journalistische Basisleistung wäre damit aber nicht erfüllt. Eine mögliche Konsequenz wäre es, dass die Liechtensteiner dann eben Schweizer oder österreichische Sender hören. Selbst wenn es einen Nachfolgesender gebe: Alleine mit den Werbeeinnahmen müsste dieser rigoros abspecken, weil gewisse Basiskosten für das Studio oder Suisa-Gebühren einfach anfallen. Auch für die Tageszeitungen, die für die Informationskultur im Land sehr wichtig sind, wäre es eine enorme Belastungsprobe. Durch andere Einnahmen liesse sich das nicht so leicht kompensieren, denn bei den Inserateinnahmen ist der Plafond erreicht. Sie müssten also Kosten einsparen. Bei Druck und Vertrieb gibt es nicht viel Spielraum, also trifft es letztlich das Personal. Das würde die journalistische Qualität schmälern. Die Berichterstattung würde schrumpfen, die Blätter dünner und es wäre vermutlich eine Frage der Zeit, bis die Zeitungen ganz vom Markt verschwinden. Würde nur eine Zeitung verschwinden, hätte die andere zwar wieder ein bisschen Luft. Vielleicht würde sie ein paar Abonnenten gewinnen und könnte beim Inseratepreis etwas schrauben. Wie lange das gutgehen würde, kann ich aus heutiger Sicht nicht beurteilen.

Was würde das für die Qualität bedeuten?

Ich glaube kaum, dass die anderen Parteien bereit wären, eine parteinahe Zeitung mit Medienförderung zu unterstützen. Die Monopolzeitung müsste sich also aus der Parteibindung befreien oder auf die Förderung verzichten. Insofern könnte es auch einen Qualitätsschub geben. Aber das Wegfallen von Konkurrenz kann auch zu Bequemlichkeit und weniger Qualität führen.

Im Herbst wird sich der Landtag intensiv mit der Medienlandschaft und der Medienförderung auseinandersetzen. Welche Modelle wären denkbar?

Es gibt eigentlich zwei Systeme: Die einen Länder, dazu zählt auch Liechtenstein, fördern die wichtigsten Medien, anderswo fördern sie eher die kleineren. Die Frage ist also, fördert man die Stärkeren, damit man eine gewisse Qualität hat, oder fördert man die Schwächeren, um eine Medienvielfalt zu erreichen. Ich bevorzuge das erste Modell: Kleinere Blätter sind eher kommerziell ausgerichtet oder Gratismedien, da muss der Staat nicht noch Geld hineinpumpen – sie tragen sich entweder auf dem Markt oder nicht. Vielfalt bedingt nicht unbedingt Qualität, wie man am Internet und seinen unendlichen Plattformen ja gut sieht.

Von dem her tönt der Vorschlag der Freien Liste ja nicht so schlecht, die Förderung von objektiver und neutraler Berichterstattung abhängig zu machen. Die Frage ist nur, wie misst man das.

Das zu messen, ist grundsätzlich schwer. Jeder hat seinen eigenen Zugang, was er für richtig oder falsch oder objektiv ansieht. Man könnte gewisse Kriterien ansetzen und Messungen vornehmen, etwa wie viel einzelne Parteien in der Berichterstattung auftauchen oder ob gewisse Ereignisse nicht reflektiert werden. Man könnte auch mit Journalisten Gespräche führen bezüglich Zensur oder Selbstzensur. Das würde zumindest einen Hinweis geben, wohin sich der Journalismus bewegt. Roman Büsser hat ja bereits die parteipolitische Färbung der Landtagsberichterstattung des Jahres 2014 untersucht und festgestellt, dass es gar nicht so dramatisch ist. Gerade die Oppositionsparteien kommen in den Zeitungen relativ stark zu Wort, gemessen an ihrer Fraktionsstärke im Parlament sind sie sogar teils überrepräsentiert. Man kann also sagen, dass es eine gewisse Fairness in der Berichterstattung gibt.

Würde das Geld aus dem Medienförderungstopf anders verteilt, wenn es solche neuen Kriterien gebe?

Wenn man das Geld für journalistische Leistungen ausgeben will, wird man nicht auf die Idee kommen, das „Weiss Magazin“ oder das „Hoi Du“ zu finanzieren. Das sind wirklich reine Parteiorgane. Der „Liechtensteiner Monat“, die „Liewo“ oder andere Gratismedien zielen vor allem auf Werbekunden ab. Journalismus mit den entsprechenden personellen Strukturen machen im Land vor allem „Volksblatt“, „Vaterland“ und Radio L, andere Medien in bescheidenerem Umfang: Das Geld würde also grösstenteils am gleichen Platz bleiben.



Neue Medien und Medienvielfalt würden damit nicht gefördert.

Jetzt sind gewisse Kriterien im Gesetz festgelegt wie Periodizität oder eine Mindestzahl an journalistischen Stellenprozenten. Setzt man einen fairen Lohn an, braucht es also dafür schon ein paar 100 000 Franken im Jahr. Man kann natürlich diese Kriterien im Sinne der Medienvielfalt streichen. Es könnte dann aber ein Fass ohne Boden werden, da ja jede Internetplattform kommen könnte, die Inhalte für ein paar Follower zur Verfügung stellt. Es ist also für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die gemeinsame Themenwahrnehmung und nationale Identität schon wichtig, Leitplanken zu setzen. Betreffend Periodizität – für Medienförderung muss derzeit ein zehnmaliges Erscheinen im Jahr erfüllt sein – kommt im übrigen auch ein reines Onlinemedium mit entsprechenden journalistischen Leistungen und Qualitäten infrage.

Reinhard Walser lieferte den Vorschlag eines öffentlich-rechtlichen Pakets mit einem Fernsehsender an der Spitze, das von allen Bürgern finanziert werden soll. Was halten sie davon?

Ein solches Monopol würde wohl zu einer gewissen Meinungsmonopolisierung führen, da ein Journalist gleich mehrere Kanäle bedient. Ausserdem müsste man durchrechnen, was der Aufbau und Betrieb einer solchen Anstalt kostet und in welcher Qualität, mit welcher technischen Ausstattung und Trägerschaft man das Angebot aufzieht. Ich denke dabei vor allem an die Kosten für einen qualitativ akzeptablen Fernsehsender, er im übrigen in Konkurrenz zu allen anderen empfangbaren Sendern stehen würde. Ich denke, dass die Bereitschaft für eine entsprechende Finanzierung nicht da ist.

Wenn Sie die Medienlandschaft Liechtensteins auf einem Reissbrett ganz neu entwerfen könnten, wie sehe Ihr Ideal aus?

Wünschenswert wäre natürlich eine grosse Medienvielfalt mit Printmedien, einem gut ausgebauten Fernsehen, Radio, möglichst lebendige Konkurrenzsituationen – aber das ist utopisch und scheitert an der Finanzierbarkeit. Es ist also in diesem Land die Frage nach dem Optimum, was man erreichen kann, nicht des Maximums. Es ist auch immer die Frage, was der Staat für was und wie viel ausgeben will. Die mediale Berichterstattung in Liechtenstein darf einem etwas wert sein, die Förderung muss aber periodisch überdacht und allenfalls den veränderten Bedingungen angepasst werden.

